



**Landtag Nordrhein-Westfalen**

**Ralf Witzel MdL**

Stellvertretender Vorsitzender  
der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW Ralf Witzel MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441  
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail [ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 5. Oktober 2013

## **PRESSEINFORMATION**

### **Hochschulen in Essen bekommen weniger Geld vom Land: Witzel bedauert verschlechterte Studienbedingungen im Doppeljahrgang**

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel bedauert die Verschlechterung der Studienbedingungen an den Essener Hochschulen durch den Wegfall der Studienbeiträge. Pro Student sind die Mittel zur Verbesserung der Studiensituation an der Essener Uni seit 2009 von 626,39 Euro auf 490,22 Euro gesunken und an der Kunsthochschule Folkwang von 664,47 Euro auf 513,04 Euro. In absoluten Beträgen machen die Mittelkürzungen fast eine Million Euro aus, nämlich am Essener Unicampus 876.123 Euro und bei Folkwang 97.174 Euro, wie die Landesregierung nun eingeräumt hat.

Witzel sieht diese Entwicklung gerade aufgrund des Doppeljahrgangs kritisch: „Ausgerechnet in einer Phase, in der besonders viele junge Menschen studieren und daher eine bessere Unterstützung notwendig ist, fehlt den Essener Hochschulen rund eine Million für die Verbesserung ihrer Qualität. Durch die nur unzureichenden Kompensationsmittel für die entfallenen Studienbeiträge stehen im Ergebnis weniger Ressourcen zur Verfügung. Da diese rot-grünen Ausgleichsmittel gedeckelt sind und deshalb auch nicht an die Studentenzahlen angeglichen werden, wird diese Finanzierungslücke von Jahr zu Jahr größer. Viele Tutorien und Beratungsleistungen wird es daher im neuen Semester nicht mehr oder nur noch eingeschränkt geben.“

Wenn dauerhaft weniger Geld an den Essener Hochschulen ankommt, während die Studentenzahlen steigen, sei ein Qualitätsverlust unvermeidbar und nicht den örtlichen Verantwortlichen anzulasten. Aus Sicht der FDP ist daher fraglich, ob die Abschaffung der Studienbeiträge von Rot-Grün weiter als sozialpolitische Heldentat gefeiert werden sollte oder nicht längst zur Mangelverwaltung auf dem Rücken der Studenten geführt habe.